

AfA Rhein-Neckar

Rechenschafts- bericht 2012 / 2013



v.l.: Klaus Grün (Beisitzer), Alex Leonhardt (stellv. Vorsitzender), Jana Ihrig (Schriftführerin), Hans-Jörg Jäckel (Beisitzer), Lars Christian Treusch (stellv. Vorsitzender), Cordula Becker (Kreisvorsitzende), Gerhard Balner (stellv. Vorsitzender), Jörg Bertermann (stellv. Vorsitzender)

Tag der menschenwürdigen Arbeit

Schon zum sechsten Mal organisierte der Internationale Gewerkschaftsbund am 7.10.2013 den „Tag der menschenwürdigen Arbeit“.

Gewerkschaften fordern hierbei

- uneingeschränkte Achtung der menschenwürdigen Arbeitsbedingungen
- weltweit gute Arbeitsbedingungen.

Die Arbeitsbedingungen der Textilarbeiter in Bangladesch sind ein trauriges Beispiel dafür, wie wichtig es ist sich dafür einzusetzen und zu engagieren. Der Mindestlohn liegt bei 30 € im Monat, gefordert wurden 75 €. Zuletzt schlugen die Demonstrationen in Gewalt um, durch den Eingriff von Sicherheitskräften und der Wut der Demonstranten, dass sie manchmal weniger wert sind „als ein Tier“.

Als AfA Rhein- Neckar treten wir auch für einen Mindestlohn in Deutschland ein, damit die Menschen von ihrer Arbeit wieder selbstbestimmt leben können. Leiharbeit und Werkverträge müssen in der jetzigen Form abgeschafft werden, es muss wieder der Vollzeitjob und dieser unbefristet, das übliche Arbeitsverhältnis sein. Jugendliche brauchen nach einer abgeschlossenen Ausbildung eine reale Jobperspektive, um sich eine Zukunft aufbauen zu können. Unsere Wirtschaft würde dies so einen großen positiven Schub geben, es würden also alle Seiten davon profitieren.

In die Kritik geraten ist Amazon, aber auch Aldi, bei dem durch eine Initiative Produktionsbedingungen in der Dritten Welt angeprangert werden. Sie hat nun Ärger mit Deutschlands größtem Discounter. Der Angriff ist nett verpackt, aber knüppelhart: In einer Prospektpersiflage wirft die Christliche Initiative Romero dem Discount- Riesen Aldi vor, seine Schnäppchenpreise „mit systematischen Verletzungen von Arbeits- und Frauenrechten“ bei Zulieferern in der Dritten Welt zu erkaufen. (Christian Teevs, Spiegel v. 7.10.2010, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,721597,00.html>)

Arbeits- und Gesundheitsschutz sind auch bei uns in Betrieben manchmal nicht richtig oder gar nicht umgesetzt. Auch hier gibt es traurige Beispiele. Wie schwer die Realisierung manchmal ist, wird auch bei der Umsetzung des Nichtraucherschutzgesetzes deutlich.

Als AfA Rhein- Neckar wünschen wir uns, deshalb analog zum bayrischen Nichtraucherschutzgesetzes ein absolutes Rauchverbot insbesondere in allen Gaststätten, geschlossenen Gesellschaften, Bars, Kneipen, Cafés, Diskotheken, Festzelten und vergleichbaren Einrichtungen sein. Arbeitsstätten in Innenräumen sollen zukünftig grundsätzlich rauchfrei sein. Der gesetzliche Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens ist ein ur- sozialdemokratisches Thema, **allen Arbeitnehmerrinnen und Arbeitnehmer muss der gleiche Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zuteil werden, die Beschäftigten in der Gastronomie dürfen nicht länger Beschäftigte zweiter Klasse sein!**

Dieses ausnahmslose Rauchverbot sollte auch für alle Kinder- und Jugendstätten (z.B. Kindergärten, Spielplätze) sowie für alle Kultur- und Freizeiteinrichtungen (z.B. Kinos) gelten. Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sollen auch auf dem Außengelände grundsätzlich rauchfrei sein. Darüber hinaus wäre es wünschenswert, dass das Land Baden- Württemberg eine entsprechende Bundesratsinitiative zur bundesweiten Vereinheitlichung des Nichtraucherschutzes anstrengen würde.

„Es kann jede/n von uns treffen. Der „Tages der menschenwürdigen Arbeit“ ist ein wichtiger Tag weltweit in einer globalisierten Welt“, meinte heute die AfA Kreisvorsitzende in Rhein- Neckar, Cordula Becker“. Sicher kennen Sie noch viele Beispiele, teilen Sie uns in der AfA diese mit, per Mail an mich, an unseren Vorstand oder schauen sie einfach bei einer unserer nächsten Sitzungen vorbei. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen gehen uns alle an. Arbeit darf uns nicht krank machen und durch vielleicht eine schwerere und/oder länger andauernde Krankheit auch noch arm machen. Helfen Sie uns die Schwachstellen zu erkennen und diese zu verändern“.

Veröffentlicht am 08.10.2013

Initiativantrag „Rhein- Neckar gegen große Koalition im Bund“

Gemeinsam sprechen sich die SPD Mitglieder und AfA Rhein- Neckar in Brühl am 30.9.13 gegen

eine große Koalition mit der CDU/CSU nach der Bundestagswahl 2013 aus. Wir fordern die SPD-Mitglieder und SPD-Gremien auf, sich ebenfalls dagegen auszusprechen. Falls das zur Koalitionsfrage entscheidende Gremium diesem nicht folgen kann, dann fordern wir, dass das „WIR“ entscheiden zur Koalitionsfrage soll. Dieser Mitgliederentscheid soll vor der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen durchgeführt werden. Der Mitgliederentscheid darf nicht nur über das Internet stattfinden, sondern muss auch Mitgliedern ohne Internet ermöglicht werden, da viele Mitglieder noch ohne Internet sind.

Begründung:

Die Bundeskanzlerin Merkel und die CDU/CSU machen eine inakzeptable konservative Politik des Taktierens, des Verschleppens und Vertagens. Die Reformen zur Energiewende, Mindestlöhne, Mindestrente, Frauenquote in Aufsichtsräten, die EU-Richtlinie zum Bankgeheimnis, so wie die gemeinsame europäische Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik wurden nicht umgesetzt. Ausnahme ist die Flensburger Verkehrssünderkartei. Die inhaltlichen Unterschiede zwischen SPD und CDU/CSU passen nicht zusammen und diese widersprechen einer gerechten Politik der SPD:

- * Der Unterschied zwischen einem gesetzlichen Mindestlohn und einer Lohnuntergrenze ist so immens gegensätzlich, dass eine Große Koalition unvorstellbar ist.
- * Eines haben wir schon erreicht, die Bundesratsmehrheit. Deshalb sollten wir auch andere eventuelle Partner nicht außer Acht lassen.
- * Die CSU will eine PKW-Maut für Ausländer, die gegen das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und andere verstößt und wird mit aller Macht versuchen, dies durchzusetzen.
- * Mit der CDU/CSU werden wir auch keine Bürgerversicherung durchsetzen können.
- * Das unsinnige Betreuungsgeld wird die CDU/CSU nicht abschaffen und dieses geht zu Lasten von Kindergarten- sowie Kitaplätzen, sowie der Bezahlung von ErzieherInnen.
- * Für die Bildung und den Ausbau der Infrastruktur, haben wir in unserem Wahlprogramm u. a. eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes gefordert, auch dies werden wir mit der CDU/CSU kaum erreichen. Dies ist aber dringend notwendig, um mehr Gerechtigkeit zu schaffen.

Frau Merkel und ihre Partei haben unserem Land und den Menschen mit ihren realen Bedürfnissen wenig genützt. Aus Gesprächen wissen wir, viele Mitglieder und auch BürgerInnen, die uns gewählt haben, wollen lieber eine starke Opposition oder andere Möglichkeiten in Betracht ziehen, als Angela Merkel mit Hilfe der SPD zur Kanzlerin zu machen.

Veröffentlicht am 27.09.2013

Resolution „AfA Rhein- Neckar gegen Große Koalition“

Die AfA Rhein- Neckar ist gegen eine große Koalition mit der CDU/CSU nach der Bundestagswahl 2013 und fordert die SPD auf dem Parteikonvent am 27. September 2013 auf, sich ebenfalls dagegen auszusprechen oder das WIR entscheiden zu lassen und einen Mitgliederentscheid durchzuführen.

Begründung:

Die inhaltlichen Unterschiede zwischen SPD und CDU/CSU und einer gerechten Politik der SPD, passen nicht zusammen. Die Bundeskanzlerin Frau Merkel und die CDU machen eine inakzeptable konservative Politik des Taktierens, des Verschleppens und Vertagens. Die Reformen zur Energiewende, Mindestlöhne, Mindestrente, Frauenquote in Aufsichtsräten, die EU-Richtlinie zum Bankgeheimnis, so wie die gemeinsame europäische Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik wurden nicht umgesetzt. Ausnahme die Flensburger Verkehrssünderkartei. Die CSU will eine PKW-Maut für Ausländer, die gegen das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz u.a. verstößt und wird mit aller Macht versuchen, dies durchzusetzen. Das unsinnige Betreuungsgeld wird die CDU/CSU nicht abschaffen und dieses geht zu Lasten von Kindergartenplätzen, der Bildung und der Infrastruktur.

Auch der Unterschied zwischen einem gesetzlichen Mindestlohn und einer Lohnuntergrenze ist so immens gegensätzlich, dass eine Große Koalition unvorstellbar ist. Frau Merkel und ihre Partei haben unserem Land und den Menschen mit ihren realen Bedürfnissen wenig genützt. Aus Gesprächen wissen wir, viele Mitglieder und auch BürgerInnen, die uns gewählt haben, wollen lieber eine starke Opposition oder andere Möglichkeiten in Betracht ziehen, als Angela Merkel zur Kanzlerin zu machen.

Veröffentlicht am 25.09.2013

Antrag: Nichtraucherchutz nach bayerischem Vorbild- Jetzt!

Die baden- württembergische Landesregierung und insbesondere das zuständige Ministerium werden hiermit aufgefordert, umgehend einen Gesetzesentwurf zur Verbesserung des bestehenden baden- württembergischen Nichtraucherchutzgesetzes vorzulegen. Kern dieses Gesetzesentwurfs muss ein absolut ausnahmsloses Rauchverbot – in Analogie mit dem Bayerischen Gesetz –insbesondere in allen Gaststätten, geschlossenen Gesellschaften, Bars, Kneipen, Cafés, Diskotheken, Festzelten und vergleichbaren Einrichtungen sein. Arbeitsstätten in Innenräumen sollen zukünftig grundsätzlich rauchfrei sein. Der gesetzliche Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens ist ein ursozialdemokratisches Thema, allen Arbeitnehmerrinnen und Arbeitnehmer muss der gleiche Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zuteil werden, die Beschäftigten in der Gastronomie dürfen nicht länger Beschäftigte zweiter Klasse sein.

Dieses ausnahmslose Rauchverbot muss ferner auch für alle Kinder- und Jugendstätten (z.B. Kindergärten, Spielplätze) sowie für alle Kultur- und Freizeiteinrichtungen (z.B. Kinos) gelten. Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sollen auch auf dem Außengelände grundsätzlich rauchfrei sein.

Darüber hinaus soll das Land Baden- Württemberg eine entsprechende Bundesratsinitiative zur bundesweiten Vereinheitlichung des Nichtraucherchutzes anstrengen.

Begründung:

Nach der bestehenden baden- württembergischen Regelung darf in Gaststätten mit einer bestimmten Quadratmeterzahl oder auch durch die Kennzeichnung als Raucherlokal geraucht werden – auch wenn gleichzeitig (kalte) Speisen serviert werden. Die Gesundheitsgefahren durch Passivrauchen lassen sich nicht durch Raumgröße oder durch die Temperatur des Essens reduzieren. Nur ein konsequenter gesetzlicher Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens schützt die Beschäftigten, die Gäste, schafft Rechtssicherheit für alle Bürger, sorgt für faire Wettbewerbsbedingungen und leistet einen Beitrag zur Entbürokratisierung, indem die Behörden von der Aufgabe entbunden werden, einen unübersichtlichen und uneinheitlichen Katalog von Ausnahmeregelungen zu überwachen. Eine bloße „Fortentwicklung des Nichtraucherchutzes“ (Zitat Koalitionsvertrag) ist zu unbestimmt und sowohl die aktuelle Rechtsprechung als auch die Praxis zeigen, dass nur ein ausnahmsloses Rauchverbot nach bayerischem Vorbild Rechtssicherheit und Nichtraucherchutz zugleich gewährleisten kann.

Durch diese Maßnahmen wird auch den gesellschaftlichen Kosten des Rauchens Rechnung getragen: 14,2 Mrd. Euro Einnahmen (durch die Tabaksteuer) stehen rund 20 Mrd. Ausgaben (medizinische Behandlungen/Verdienstauffälle) gegenüber. Rauchverbote werden zudem nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung (76%) begrüßt, sondern auch von der Mehrheit der RaucherInnen (63%; Zahlen des Deutschen Krebsforschungszentrums).

Die bayerische SPD und die nordrhein- westfälische SPD haben hier zu entsprechend weitgehende Beschlüsse mit großer positiver Resonanz aus der Bevölkerung gefasst, die im Falle NRW bereits in einen Landtagsbeschluss mündeten.

Veröffentlicht am 24.09.2013

Bundestagswahlkampf: Tour de Ländle mit Lars Castellucci

Welch eine Tour: Bei mörderischer Hitze von 38 Grad radelte der SPD- Bundestagskandidat des Rhein- Neckar- Kreises Lars Castellucci bei der „Tour de Ländle“ von Sandhausen bis nach Eberbach mit. Eröffnet wurde die erste Etappe der Tour am vergangenen Samstag vom SPD- Landesvorsitzenden Nils Schmid in Weinheim.

Bei der Tour durch seinen Wahlkreis erwarteten Lars Castellucci einige Überraschungen. In Sandhausen richtete der SPD- Ortsverein eine Getränkestation ein, an der sich Castellucci und seine Mitfahrerinnen und Mitfahrer stärken konnten. In Schönbrunn begrüßten die Genossinnen und Genossen den Bundestagskandidaten auf Kurpfälzisch.

Entlang der gesamten Route verteilten Jusos frische Äpfel mit dem Anhänger „Lieber einen frischen Roten“ an die Radler und Zuschauer. Diese wurden den Jusos förmlich aus der Hand gerissen. In Eberbach schließlich nahmen die örtlichen Jusos Lars Castellucci in Empfang. Dort konnte er sich nach der anstrengenden Tour bei Höchsttemperaturen erholen und mit kühlen Getränken erfrischen.

(Homepage [SPD Rhein- Neckar](#)) Veröffentlicht am 01.08.2013

AfA Rhein-Neckar unterstützt in Eberbach



AfA Rhein-Neckar unterstützt Ferienprogramm der SPD Reihen am 25.07.2013

Die BAZ präsentiert:

Hallo-Nachbar.Info Das Bürgerportal

08.10.2013 »Home [»LogIn«]



Traditioneller Tagesausflug zum 28. Kindertag bei der Bepo Bruchsal

SPD Reihen und AWO Sinsheim waren auch in diesem Jahr die Organisatoren - Spiel, Spaß und Mitmachaktionen für Groß und Klein von Magdalena Fritz - Sinsheim

Die Bruchsaler Bereitschaftspolizei hatte am 25. Juli zum 28. Kindertag gerufen und die SPD Reihen lud mit der AWO gemeinsam Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Kinderferienprogramms ein, mit dem Bus zu Spiel, Spaß und Mitmachaktionen. 30 Kinder verschiedenster Altersgruppen waren dabei als es um Fahrten mit Polizeifahrzeugen, Luftballonwettbewerb, Hüpf- und Kletterburgen, wie die Titanic-Riesenrutsche ging. Auch die Wasserspielstraße und Geschicklichkeitsspiele wie Armbrustschiessen, Dosenwerfen, Parcourlaufen waren bei uns sehr beliebt. Am Ende des Tages waren sich die Kids und BetreuerInnen der Jusos und AfA Rhein-Neckar einig, trotz der enormen Hitze, es hat uns viel Freude gemacht und es war ein gelungener Tag. Wir würden es immer wieder machen, da das Leuchten in den Augen der Kids die beste Belohnung ist. Der Dank gebührt auch den Bruchsaler Poizistinnen und Polizisten und Helferlein, sie gaben sich geduldig viel Mühe mit den Kinder und es war ein tolles Sommerferienangebot. Zum dritten Mal waren auch 13 Kinder mit drei Betreuerinnen der Kernzeitbetreuung der Wingertsbergschule Reihen mit dabei. Die Kinder konnte man gut an den gelben und roten Basball-Mützen zu den beiden Gruppen zuordnen, so dass alle Kinder glücklich und zufrieden so gegen 17.00 Uhr in Reihen wieder eintrafen. Hier wurden sie mit gekühlten Getränken von Capri-Sonne von Magdalena Fritz von der SPD-Ortsvertretung Reihen und Organisatorin der AWO Sinsheim empfangen. Herzlicher Dank gilt es den Teamern zu sagen, die sich auch in diesem Jahr wieder trotz großer Hitze mit viel Engagement eingebracht haben..

Allgemeines 28.07.2013, 22:27 Uhr (76x gelesen)

Pressebericht und Foto: Cordula Becker



Ausstellungsbesuch der AfA Rhein-Neckar

Für die Mitglieder der SPD Rhein-Neckar und des Spargelwahlkreises Burchsalschwetzingen bot die AfA Rhein-Neckar eine gemeinsame Führung im Technoseum in Mannheim an.

Das Angebot wurde gut angenommen und wir hatten eine spannende Führung durch die verschiedenen Jahrzehnte der Arbeiterbewegung.

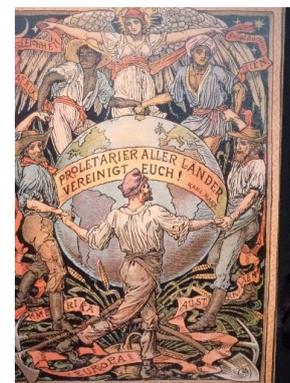
Im Anschluß traf man sich noch zum gesselligen Mittagessen in der Arbeiterkneipe im Museum.



Besucht am 30.05.2013

Eindrücke aus der Ausstellung

Bilder von Jörg Bertermann





Sommerempfang für Betriebs- und Personalräte SPD BaWü

Beim diesjährigen Sommerempfang der Landespartei für Betriebs- und Personalräte hat SPD- Chef Nils Schmid einen Politikwechsel für Gute Arbeit in Deutschland eingefordert.

„Wohlstand und Beschäftigung für alle, Recht und Ordnung am Arbeitsmarkt, der Kampf gegen prekäre Beschäftigung – auf all diese Herausforderungen hat

v.l.: Nils Schmid, Katja Mast, Marion von Wartenberg, Katrin Altpeter, Leni Breymaier (verdeckt), Catharina Clay, Alfred Löckle, Udo Lutz

Bundeskanzlerin Merkel keinerlei Antworten geliefert“, sagte der Finanz- und Wirtschaftsminister bei strahlendem Sonnenschein im Stuttgarter Waldheim Heslach.

„In Baden- Württemberg haben wir mit Tarifreuegesetz gezeigt, dass es einen Unterschied macht, wer in diesem Land regiert. Arbeit hat eben nicht nur einen Preis, sondern auch einen Wert!“ Sozialministerin Katrin Altpeter ergänzte, unter der alten Landesregierung habe Arbeitsmarktpolitik gar nicht stattgefunden. „Wir können stolz sein auf unsere Initiativen im Bundesrat, mit denen wir Leiharbeit und Minijobs zurückdrängen wollen. Jetzt muss sich auch Frau Merkel mit diesen Themen befassen.“

Auch die Bezirksleiterin der IG Bergbau, Chemie und Energie Catharina Clay sowie der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats der Robert Bosch AG Alfred Löckle betonten die Bedeutung von Guter Arbeit, die sich die SPD auf die Fahnen geschrieben habe.

Und Udo Lutz, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, fasste das Ziel vor über 120 Gästen nochmals treffend zusammen: „Wir wollen am 22. September endlich die Weichen stellen für eine arbeitnehmerfreundliche Politik!“

Homepage [AfA - Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen BaWü](#)

Veröffentlicht am 19.06.2013



AfA AfA Rhein-Neckar
Gefällt dir · 17. Juni 2013
In Chronik zugelassen

Heute am 60. Jahrestag des Arbeiteraufstands in der DDR waren wir beim Sommerempfang des AfA Landesvorstands für Betriebs- und PersonalrätInnen. Hier mit dem Landesvorsitzenden Udo Lutz. — mit Jana Ihrig, Gerhard Balner, Cordula Becker und Udo Lutz hier: Biergarten Waldheim Heslach.

Fahrt zur Menschenkette gegen Rechts am 06. Juli 2013



menschentette
gegen rechts 06.07.13

Hand in Hand für mehr Toleranz im Land

Am Samstag, den **06.07.2013**, wird ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien, kirchlichen Arbeitsgemeinschaften und Vereinen eine Menschenkette zwischen Heilbronn und Bietigheim-Bissingen zusammen kommen. Die Theresienwiese in Heilbronn ist der Ort, an dem die junge Polizistin Michelle Klesewetter am 25. April 2007 Opfer der rechtsextremen Terrorgruppe NSU wurde. 26 Kilometer entfernt liegt der Bahnhof Bietigheim-Bissingen, von dem aus während des Zweiten Weltkriegs Deportationen in Konzentrationslager durchgeführt wurden.

Wir wollen rechtem Gesinnungsgut keine Chance geben, deshalb rufen **AfA Rhein-Neckar (SPD)** und die **Gewerkschaft ver.di** in Kooperation dazu auf:

Sei ein Teil der Menschenkette und setze ein deutliches Zeichen für mehr Offenheit, Toleranz und ein gewaltfreies und freundschaftliches Zusammenleben aller Menschen in Baden-Württemberg und der gesamten Bundesrepublik!

Wir fahren mit einem Bus dorthin, komm mit! Anmeldungen bis **01. Juli** an:

AfA Rhein-Neckar cordula.becker@afa-rhein-neckar.de

ver.di katja.udluft@verdi.de

08.30 Uhr: Bahnhof Hockenheim, Eisenbahnstr. 2-4, 68766 Hockenheim
09.00 Uhr: ver.di Rhein-Neckar, Czernyring 20, 69115 Heidelberg
09.45 Uhr: Hauptbahnhof Sinsheim, Friedrichstraße 25, 74889 Sinsheim

www.afa-rhein-neckar.de
www.rhein-neckar.verdi.de
www.menschentette-gegen-rechts.de

Flyergestaltung der AfA Rhein-Neckar:
Jana Ihrig

Text: Cordula Becker




menschentette
gegen rechts 06.07.13

Sa, 06.07.2013
VON HEILBRONN BIS BIETIGHEIM-BISSINGEN

HAND IN HAND FÜR MEHR TOLERANZ IM LAND

- Gegen offenen oder versteckten Rassismus im Alltag!
- Gegen offene, unparteiische Äußerung der NSU-Terroristen!
- Gegen Verharmlosung der NSU-Tat!
- Für ein AfD-Verbot - kein Stützpunkt für gewaltbereite Parteien!

Am Samstag, dem 06.07.2013, wollen eine riesige gesellschaftliche Demonstration zwischen Heilbronn und Bietigheim-Bissingen durchführen. Die Menschenkette zwischen Heilbronn und Bietigheim-Bissingen ist ein deutliches Zeichen für mehr Offenheit, Toleranz und ein gewaltfreies und freundschaftliches Zusammenleben aller Menschen in Baden-Württemberg und der gesamten Bundesrepublik! Unterstützen Sie die Menschenkette und seien Sie am 06.07.2013 mit!

Zusammenschluss der Menschenkette 14 Uhr!
 Bitte rechtzeitig anreisen, spätestens eine Stunde vor Kettenabschluss!
 Mehr Informationen zum Marsch und zum Überlebensvertrag!

www.menschentette-gegen-rechts.de
 Facebook: [menschentettegegenrechts](https://www.facebook.com/menschentettegegenrechts)
 Twitter: [menschentettegegen_rechts](https://twitter.com/menschentettegegen_rechts)




Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Interessierte, wir wollen rechtem Gesinnungsgut keine Chance geben, deshalb rufen am 06. Juli 2013 die AfA Rhein-Neckar (SPD) und die **Gewerkschaft ver.di** in Kooperation dazu auf:

Sei ein Teil der Menschenkette von Heilbronn bis Bietigheim-Bissingen und setze ein deutliches Zeichen für mehr Offenheit, Toleranz und ein gewaltfreies und freundschaftliches Zusammenleben aller Menschen in Baden-Württemberg und der gesamten Bundesrepublik!

Wir fahren zur Menschenkette mit einem Bus, komm mit! Verbindliche Anmeldungen bis **01. Juli** an: AfA Rhein- Neckar: [cordula.becker\(at\)afa-rhein-neckar.de](mailto:cordula.becker(at)afa-rhein-neckar.de) oder 06205/255848
 ver.di Rhein- Neckar: [katja.udluft\(at\)verdi.de](mailto:katja.udluft(at)verdi.de)

Bitte bei der Anmeldung angeben: Name, Vorname, Gliederung/Organisation, Zustiegsort und Handynummer (Daten werden vertraulich behandelt).

Der SPD Landesverband sowie die Gewerkschaft ver.di Rhein- Neckar unterstützen unsere Fahrt mit dem Bus zur Menschenkette auch finanziell.
 Deshalb fällt für die Busfahrt nur ein Unkostenbeitrag von **3 Euro** pro Person an. Dieser wird im Bus eingesammelt.

Abfahrtszeiten:

08.30 Uhr: Bahnhof Hockenheim, Eisenbahnstr. 2- 4, 68766 Hockenheim

09.00 Uhr: ver.di Rhein- Neckar, Czernyring 20, 69115 Heidelberg

09.45 Uhr: Hauptbahnhof Sinsheim, Friedrichstraße 25, 74889 Sinsheim

Rückfahrt: Zwischen 15.30 und 16.00 Uhr

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist für jede Demokratin und jeden Demokraten eine stete Aufgabe, der wir uns gestern, heute und morgen verpflichtet fühlen. Die abscheulichen Morde der Zwickauer Terrorzelle führen uns allen vor Augen, welche menschenvernichtende Kraft Rechtsextremismus innewohnt. Wir sollten uns dem Kampf gegen rechts auf allen Feldern der Gesellschaft stellen.

Solidarische Grüße,

Cordula Becker
 AfA Kreisvorsitzende Rhein-Neckar

Katja Udluft
 Stellv. Geschäftsführerin ver.di Rhein-Neckar

Veröffentlicht am 18.06.2013



Antrag: Umsetzung des Regierungsprogramms – Einführung von Bildungsurlaub

Wir fordern die Grün- Rote Landesregierung auf, endlich die Einführung des Bildungsurlaubes umzusetzen, siehe Seite 16 vorletzter Absatz des Regierungsprogramms:

„Angelehnt an die Gesetzgebung der meisten anderen Bundesländer werden wir für Baden-Württemberg eine bezahlte Bildungsfreistellung von 5 Arbeitstagen pro Jahr einführen.“

Begründung:

Die Einführung des Bildungsurlaubes würde praktisch keine Kosten verursachen und wäre einfach und würde wenige personelle Ressourcen binden. Analoge Regelungen bestehen bereits in fast allen Bundesländern (außer Bayern), auf die zurück gegriffen werden können.

Veröffentlicht am 12.06.2013

1. Mai 2013 Prekäre Arbeit ist keine Lösung, sachgrundlose Befristung abschaffen!

Herzliche Einladung zum gemeinsamen Stand von AfA Rhein- Neckar und AsF Rhein- Neckar am 1. Mai nach Heidelberg! Ab 09:30 Uhr findet ihr uns dort auf dem Marktplatz.

Die Demo beginnt am Bismarckplatz, Treffpunkt ist 10:00 Uhr. Am Kundgebungsplatz werden Thomas Wenzel (DGB Kreisvorsitzender Heidelberg/Rhein- Neckar) und Ulrike Noll (GEW Kreisvorsitzende Rhein- Neckar/Heidelberg) sprechen.

Wir freuen uns auf euch!

Veröffentlicht am 30.04.2013



Resolution "Kein Stellenabbau bei Microm..."

Kein Stellenabbau bei Microm International GmbH und sofortige Aufnahme neuer Verhandlungen

"Die AfA Rhein- Neckar, sowie die SPD Rhein- Neckar, verurteilen die Bestrebungen beim Medizingerätehersteller „Microm International GmbH“ den Standort Walldorf mit ca. 100 Beschäftigten zum 1. April 2014 zu schließen.

Trotz eines Jahresumsatzes des Konzerns Thermo Fisher von 36 Millionen Euro und einer Umsatzrendite von rund 30 Prozent sollen diese Arbeitsplätze der Entwicklung und Fertigung nach Shanghai verlagert werden. In dieser Region sind die menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der sogenannten „Wanderarbeiter“ seit langem bekannt.

Das Verhalten der Unternehmensleitung in Walldorf hat bundesweit bei allen Standorten des Thermo Fisher Konzerns mit über 3400 Mitarbeitern Empörung ausgelöst. Bisher haben Arbeitnehmervertreter weit über 2000 Unterschriften gegen die Schließung gesammelt. Diese wollen wir mit dieser Resolution unterstützen!

Gespräche des Betriebsrates mit der Unternehmensleitung über den Erhalt des Standortes sind bisher ohne Ergebnis verlaufen. Wir fordern die Unternehmensleitung auf, Gespräche mit dem Betriebsrat und der IGM aufzunehmen mit dem Ziel den Standort zu retten bzw. einen Beschäftigungssicherungsvertrag abzuschließen. Das ist das Mindeste.

Cordula Becker

AfA Kreisvorsitzende Rhein- Neckar

Veröffentlicht am 09.04.2013



Im vierzigsten Jahr der SPD Rhein-Neckar hat die AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) ebenfalls ihr vierzigjähriges Jubiläum. Die AfA Rhein-Neckar vertritt die Arbeitnehmerschaft in der Region, organisiert Solidarität z.B. für bedrohte Betriebsräte, prangert Sozialabbau an und ist immer dort aktiv, wo Beschäftigte unter Druck geraten. Sie fordert auch 10 € Mindestlohn, denn nur dann braucht ein Beschäftigter keine Aufstockung mit ALG II. Schon Herbert Wehner sah voraus, wie sehr die Bindungen zwischen Sozialdemokratie und Arbeitnehmerschaft und damit auch zu den Gewerkschaften, die Gestaltungs- und Regierungskraft der SPD beeinflussen würden. Er räumte 1973 mit der Vorstellung auf, die Arbeitnehmer seien gleichsam von vornherein und wie selbstverständlich die "Hausmacht der SPD". Deren Vertrauen, so Wehner, müsse sich die Partei immer wieder neu erwerben und verdienen. Dies ist aktueller denn je. Gerade in der heutigen Zeit mit prekären Arbeitsverhältnissen und einem manchmal schwierigen Verhältnis von SPD und Gewerkschaften, ist es gut, dass die AfA Rhein-Neckar großen Wert auf die Zusammenarbeit von SPD, Gewerkschaften und Sozialpartnern legt, diese aktiv fördert und so nah an den Menschen ist. Die AfA war durch aktive ArbeitnehmervertreterInnen, Betriebsräte, GewerkschafterInnen im SPD Kreisvorstand bisher gut vertreten. Deshalb war es um so erstaunlicher, dass die SPD Rhein-Neckar in ihrer Jahreshauptversammlung 2013 keinen einzigen Arbeitnehmervertreter, keine einzige Arbeitnehmervertreterin mehr in ihren Vorstand gewählt hat. Dies ist ein erschreckendes Statement für alle ArbeitnehmerInnen in der Region und ihre Themen. Wie will die SPD in der Region ihre sozialen Zukunftsaufgaben für „Gute Arbeit – soziales Baden-Württemberg“ schultern, wenn ihre VertreterInnen aus diesem Bereich nicht mehr stimmberechtigt sind? Wohin soll diese Reise führen?"

Mit großem Bedauern mussten wir nun gestern feststellen, dass die Jusos, die auch engagiert AfA Mitglieder sind, gestern ebenfalls dort nicht mehr in den Vorstand gewählt wurden. Wann fängt etwas, das ein "Gschmäckle" hat eigentlich zu stinken an...

JHV der SPD in Bammental

Der Artikel wurde von unserer Homepage entfernt. In einem klärenden Gespräch mit dem Kreisvorstand der SPD Rhein-Neckar schlug die AfA Rhein-Neckar einen Kompromiss vor, der bis zum heutigen Tag leider unbeantwortet blieb. Der Artikel bleibt somit verschwunden...

Veröffentlicht auf unserer facebook-Seite am 28.03.2013

Solischreiben an ver.di zu Streik Stadtmission HD

Liebe Silke,

die AfA Rhein- Neckar verurteilte schon im April 2012 in einem offenen Brief das Verhalten des Vorstands und der GeschäftsführerInnen der Stadtmission Heidelberg. Wir forderten u.a.

„Wir bitten Sie auf den demokratischen Boden der Tatsachen zurückzukehren, nehmen Sie die Verhandlungen mit der Gewerkschaft ver.di zu einem Tarifvertrag mit der Stadtmission auf und beachten Sie die EU- Grundrechtecharta, die Streik unter dem Begriff Solidarität fasst. Das Grundrecht auf Streik ist weltweit anerkannt und sollte auch in Heidelberg nicht enden! Im christlichen Sinne halten wir es für logisch und klug, Abstand zu nehmen vom gerichtlich bestrittenen werden. Im christlichen Sinne, also nah an ihrem Wertesystem...möchten wir Ihnen sagen, es ist nie zu spät auf den rechten Weg zurückzukehren.“
Nun hat die Gewerkschaft ver.di erneut die evangelische Stadtmission Heidelberg zu Tarifverhandlungen aufgefordert,

weil es für die Beschäftigten wichtig ist, gleiche und abgesicherte Arbeitsbedingungen zu haben, wie andere Beschäftigte.

Wieder lehnte dies das Diakonische Werk ab, mit dem Hinweis satzungsgemäß nicht zur Verhandlung befugt zu sein?!

Warum glaubt das Diakonische Werk weiterhin, dass es für seine Beschäftigten keinen Tarifvertrag braucht? Warum sollen für die Beschäftigten Sonderregelungen im arbeitsrechtlichen Bereich gelten? Warum meiden sie Tarifverträge wie der „Teufel das Weihwasser“? Immer mehr Menschen in Deutschland verstehen die evangelische Kirche in diesem Punkt nicht mehr und wollen gleiches Recht für alle Beschäftigten. Wir als AfA Rhein- Neckar wollen dies ebenfalls und unterstützen die Forderung von ver.di und den Beschäftigten! Wir werden dies solange verurteilen, bis die Stadtmission Heidelberg ein Einsehen hat. **Wir gratulieren zum heutigen Streik, er war ein wichtiges Zeichen**, dass es noch nicht vorbei ist und die Beschäftigten und die sie vertretende Gewerkschaft sich so nicht abspesen lassen werden. Wir werden ebenfalls nicht locker lassen und weiter an eurer Seite stehen.

In diesem Sinne solidarische Grüße von der AfA Rhein- Neckar,

Cordula Becker

Veröffentlicht am 25.03.2013

Equal pay day und das Menschenrecht



Rhein-Neckar

**„Jeder, ohne Unterschied hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.“
Art. 23 (2) der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 der Vereinten Nationen.**

Equal Pay Day 2013

65 Jahre nach dieser Erklärung ist es ein unhaltbarer Zustand, dass Frauen durchschnittlich immer noch bis zu 23 % weniger verdienen. Dies liegt nicht daran, dass Frauen einfach weniger fordern, das liegt an folgenden Faktoren:

- geringe Wertschätzung von Frauenarbeit
- Sozialer Beruf sind zu schlecht bezahlt
- Vereinbarkeit von „Familie und Beruf“ oder „Arbeit und Pflege“ müssen stärker gefördert werden

Wir fordern Arbeitgeber und die Politik auf, dies umgehend zu beenden und sich aktiv für die Gleichbehandlung von Frauen einzusetzen!

Heute und nicht morgen!

Jeder, ohne Unterschied hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit." Art. 23 (2) der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 der Vereinten Nationen.

65 Jahre nach dieser Erklärung ist es ein unhaltbarer Zustand, dass Frauen durchschnittl. immer noch bis zu 22% weniger verdienen. Dies liegt nicht daran, dass Frauen einfach weniger fordern, das liegt an folgenden Faktoren:

- geringe Wertschätzung von Frauenarbeit
- soziale Berufe sind zu schlecht bezahlt
- Vereinbarkeit von "Familie und Beruf" oder "Arbeit und Pflege" müssen stärker gefördert werden!

Die AfA Rhein- Neckar forderte gestern am "Equal pay day" die Arbeitgeber und die Politik auf, dies umgehend zu beenden und sich aktiv für die Gleichbehandlung von Frauen einzusetzen! Heute und nicht morgen!

Die Kreisvorsitzende der AfA Rhein- Neckar Cordula Becker meinte gestern: "Es war wunderbar zu sehen, wie viele BürgerInnen diese Forderung gut finden, dies unbedingt geändert haben wollen und dieses Thema für sie ein Grund ist am 22. September ihre Stimme bei der Bundestagswahl für Gerechtigkeit in der Frauenentlohnung einzusetzen wollen!"

Veröffentlicht am 22.03.2013

Sofortprogramm zur Sozialen Konversion in der Metropolregion Rhein- Neckar

Am ersten Dezember 2012 ging nicht nur ein sehr diskussionsreicher, sondern für uns auch **erfolgreicher Kreisparteitag** zu Ende.

Unser Antrag „Sofortprogramm zur Sozialen Konversion in der Metropolregion Rhein- Neckar“ wurde einstimmig angenommen!

Der Antrag lautet:

Die Landesregierung Baden- Württemberg soll im Rahmen „Guter Arbeit“ ein Sofortprogramm „Soziale Konversion“ auflegen für die betroffenen Zivilangestellten der amerikanischen Streitkräfte in der Metropolregion Rhein- Neckar. Ziel soll sein, eine reale berufliche Chance zu ermöglichen, damit die Betroffenen bei Kündigungen nicht alleine gelassen werden.

Dieses Sofortprogramm soll folgende Punkte enthalten:

- > Per Ländervertrag: Beteiligung an der Beschäftigungskonversion „PEBB“ des Ministeriums von Rheinland- Pfalz
- > Kontakt mit der US- Armee zur Einholung von verlässlichen Daten zum tatsächlichen Kündigungszeitpunkt der Zivilangestellten mit Übermittlung an die Arbeitsagenturen zur Ermittlung des zielgerichteten Bedarfs des einzelnen Betroffenen:
- > Bereitstellung eines Budgets für Weiterbildungsmöglichkeiten bzw. Qualifikation auf die geltenden Berufsbilder in Deutschland
- > Einrichtung einer Transfergesellschaft, um soziale Härten abzufangen und zusätzlich Weiterbildung zu ermöglichen

Begründung:

Der Begriff Konversion bezieht sich normalerweise auf die Umnutzung von Gebäuden und Flächen, soziale Konversion hingegen auf die Zivilangestellten der US- Streitkräfte, die nach dem Streitkräfteabzug aus der Metropolregion Rhein- Neckar zurückbleiben.

Letzte Woche sind die letzten Kündigungen ausgesprochen worden. Es hätte schon lange aktiv gehandelt werden können, wenn für die betroffenen militärische Angestellten, wie in den 90iger Jahren in RP, eine PEBB aktiv worden wäre und das Angebot, von Malu Dreyer (Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Rheinland- Pfalz), dass sich Baden- Württemberg am bestehenden Projekt beteiligen sollen, nicht ignoriert worden wäre. Das Land Hessen hat sich bereits erfolgreich beteiligt und für die Betroffenen gehandelt.

Durch die Beteiligung am PEP könnten die Anlaufstellen der Rheinland- Pfälzer auf die BW- Angestellten erweitert werden, ohne großen Aufwand. Leider fühlt sich innerhalb der

Landesregierung keine Stabsstelle für Konversion zuständig, das Thema wird immer weitergereicht, vom Wirtschaftsministerium bis aktuell zum Sozialministerium. Die neue Landesregierung BaWü hat dagegen versäumt, Mittel vom Europäischen Sozialfond zu beantragen für eine Transfergesellschaft wie dies z.B. bei Heidelberger Druckmaschinen wieder aktuell geschehen ist. Das Verhalten der baden- württembergischen Landesregierung ist gegenüber den Zivilbeschäftigten, angesichts des drängenden Zeitrahmens bis September 2013, unverantwortlich und es sollte ein Umdenken, gerade in Hinblick auf die Bundestagwahl, stattfinden.

Die Arbeitsagenturen haben die Profile und den Qualifizierungsbedarf der betroffenen Mitarbeiter der Streitkräfte ermittelt. Aber die amerikanischen Berufsbilder passen laut Arbeitsagentur nicht zu den deutschen, so dass das Budget der Arbeitsagenturen bei Weitem nicht ausreicht, um die notwendigen Qualifikationen für den deutschen Arbeitsmarkt zu finanzieren. Mit und durch PEP könnten eine schnellere und wirksame Hilfen zur Qualifizierung der Zivilbeschäftigten, Anerkennung der Abschlüsse usw. zum tragen kommen und so könnten noch höhere Kosten für den Sozialstaat vermieden und eine Gleichstellung mit den Beschäftigten, die in RP wohnen, positiv erreicht werden. Der Aufbau einer eigenen Organisation in BW würde zu spät kommen, da die Kündigungswelle angelaufen ist und das Ganze schon im September 2013 abgewickelt sein soll.

„Gute Arbeit“ muss auch für die Zivilangestellten der Streitkräfte der Metropolregion gelten und die sozialen Bedürfnisse können nicht weiter unter den Tisch fallen!

Veröffentlicht am 13.12.2012



Die Kreisvorsitzende der AfA Rhein-Neckar, Cordula Becker, bringt den Antrag "Sofortprogramm zur sozialen Konversion" auf dem Landesparteitag in Heilbronn ein. Leider fand das Anliegen der Beschäftigten keine Mehrheit.



Gemeinsam kämpfte die AfA Rhein-Neckar mit Lothar Binding (MdB) und den Vertrauensleuten von ver.di Rhein-Neckar für die Zivilbeschäftigten.

Soziale Konversion - Hoffnung auf Nils Schmid

Auf dem Heilbronner Landesparteitag am 2. März 2013 hatten die AfA und SPD Rhein-Neckar einen Antrag auf ein „Sofortprogramm zur Sozialen Konversion in der Metropolregion Rhein-Neckar“ gestellt. Soziale Konversion ist der Abbau der deutschen Zivilbeschäftigten der US Armee durch den NATO- Truppenabzug. Besonders hart trifft es die Beschäftigten, die bei der dienstleistenden Firma AAFES (z.B. PX- Läden) gekündigt wurden. Sie bekommen nur die tarifliche Abfindung von 2 Monatsgehältern, mehr nicht! Für die Zivilbeschäftigten gibt es keine Möglichkeit auf einen Sozialplan durch die Regelungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes mit dem NATO- Truppenstatut. Die für einige Teile laufende Transfergesellschaft, läuft im Juni 2013 aus und es ist ungewiss, ob ein neuer Vertrag ausgeschrieben und finanziert wird.

Deshalb fordert das Sofortprogramm

einen Ländervertrag über die Beteiligung an der Beschäftigungskonversion „PEBB“ der Landesregierung Rheinland- Pfalz, weil dieses schon seit Jahren sehr gute Erfahrungen mit dem Programm gemacht hat und die Beschäftigten so die passende Hilfe zur Selbsthilfe schon in der Kündigungsphase erlangen. PEBB hat Büros in Mannheim und Heidelberg, darf aber nur die in RLP Wohnenden betreuen, da der Wohnort ausschlaggebend ist, weil das jeweilige Bundesland die Kosten trägt. Außerdem sollen auch die AAFES Beschäftigten daran beteiligt werden.

Um die Gekündigten in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren benötigen diese Qualifizierungsmaßnahmen und Weiterbildungen. Denn die beruflichen amerikanischen Zertifikate und Ausbildungen sind auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland nicht anerkannt, weshalb die ehemaligen Zivilbeschäftigten nicht ohne weiteres von Arbeitsagenturen vermittelt werden können. Erschwerend hinzu kommt, dass die meisten Betroffenen in einem Alter sind, in dem es sowieso schwer ist, noch einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit an Nils Schmid, den stellvertretenden Ministerpräsidenten Baden- Württembergs, so wie an die SPD Landtagsfraktion überwiesen. Dort will man sich ohne weiteren Zeitverlust nun für die gekündigten Beschäftigten einsetzen. Die AfA Kreisvorsitzende Cordula Becker meinte auf dem Parteitag, dass es erfreulicherweise bei der SPD Überlegungen gäbe, mit dem zuständigen rheinland- pfälzischen Ministerium Kontakt aufzunehmen, um von dessen Erfahrung zu profitieren. Dies sei endlich ein Lichtblick für die gekündigten Zivilbeschäftigten.

Veröffentlicht am 06.03.2013

"Arbeit von Frauen macht reich, durch Migrationshintergrund noch reicher..."

FrauenArbeit macht reich,
durch Migrationshintergrund
noch reicher?

Wer geht da schon hin?

Müjde Karaca Togmus (Diplom
Kommunikationsdesignerin) zeigt die Kurze-
filmen in Zusammenarbeit mit dem
ZKM Karlsruhe.

Daniel Born (Bundestagskandidat
Deutsch-Schweizerin) hat zugesagt.

Cihan Ugurlu (Juristin im Examen) redet mit.

Das will ich sehen,
am 1. Februar um 19:30 Uhr!

www.asf-rhein-neckar.de www.asf-rhein-neckar.de

AWO Begegnungsstätte
Haldenstr. 6, 68723 Schwetzingen

Das fragten sich am Freitag, den 1. Februar 2013 AsF und AfA Rhein-Neckar gemeinsam in der AWO Begegnungsstätte in Schwetzingen. Nach der Begrüßung durch die Kreisvorsitzende der AsF, Ursula Wertheim-Schäfer, stellte der SPD Ortsvereinsvorsitzende Simon Abraham die Vielfalt der Arbeitswelt dar.

Die AfA Kreisvorsitzende Cordula Becker dokumentierte, dass sich Löhne in den vergangenen Jahren in vielen Branchen immer mehr verschlechtert haben, dies zeigt auch die Studie der OECD. Für Frauen beginnt ein negativer Kreislauf. Wer wenig verdient, bekommt Hilfe vom Staat mit ALG II. Arbeitsarmut führt meist zu Altersarmut und wieder ist der Staat gefragt. Der Steuerzahler finanziert so den Niedriglohnsektor gleich zweimal, damit Unternehmen hohe Profite einstreichen können. Sie forderte, dass sich dies ändern muss, vor allem für die am stärksten Benachteiligten, die Frauen und die Migrantinnen. Die Kommunikationsdesignerin Müjde Karaca- Togmus stellte, das unter ihrer Beteiligung durch die Zusammenarbeit des Ministerium für Wirtschaft und dem Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe, entstandenes Filmprojekt „Der Baum biegt sich in jungen Jahren“ vor. Mit Porträts von türkischstämmigen Vorbildern wird für die Berufsausbildung geworben. Das türkische Fernsehen dient dabei als

Vermittlungsmedium, das die Porträts zur besten Sendezeit ausstrahlt.

Der SPD Bundestagskandidat Daniel Born, der bei der Arbeitsagentur arbeitet, beklagt die noch große Geschlechterungerechtigkeit bei den Löhnen. Migrantinnen haben oft schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz, dabei brauchen junge Menschen eine Brücke in die Arbeitswelt. Tatsache ist auch, dass nur noch 25 % der Betriebe ausbilden. Später im Berufsleben werden Frauen meist unfreiwillig in Teilzeitarbeit gedrängt. Die 34- jährige Juristin im Examen, Cihan Ugurlu berichtete aus eigener Erfahrung als Migrantin. Ihre Eltern legten Wert darauf, dass sie die beiden Sprachen Deutsch und Türkisch, lernt und gut beherrscht. Sie ist der Ansicht, die Unternehmen müssten endlich entdecken, dass eine zweite Sprache, egal in welchem Beruf, ein Gewinn sei. Es sei wichtig, die Eltern, besonders die Mütter, die überwiegend den Kontakt in Kindergarten/Schule darstellen, stärker dort in die Arbeit einzubeziehen. Dazu brauchen aber auch sie Deutschkenntnisse und entsprechende Sprachkurse. „Für die Kinder ist die Gemeinschaftsschule am Besten. Verliert man eine Schülerin, einen Schüler, verliert die gesamte Gesellschaft“, so Cihan Ugurlu abschließend.



ReferentInnen waren Müdje Karacas - Togmus (ZKM) und Cihan Uruglu (angehende Juristin mit Migrationshintergrund), sowie der Bundestagskandidat Daniel Born.

Mit den Anwesenden war man sich einig, dass es dringend notwendig sei, Sprachbarrieren in der Ausbildung abzubauen und ausländische Berufsabschlüsse schneller anzuerkennen. Der Kultur von Migrantinnen und Migranten muss mehr Wertschätzung entgegen gebracht werden, so bleibt die doppelte Staatsbürgerschaft weiterhin ein Ziel der SPD. Eines war allen TeilnehmerInnen klar, Bildung ist der Schlüssel zum beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg!

Veröffentlicht am 11.02.2013

Solidarität mit den Beschäftigten im Pressehaus Stuttgart

Sehr geehrte Herren Paasch, Jaschke und Bensel des Stuttgarter Pressehauses, als wir von den fünf Kündigungen in Rhein- Neckar gehört haben, waren wir erstaunt. Über die Art wie dies abgelaufen ist, sind wir entsetzt! Dies ist nicht nur menschlich fragwürdig, sondern auch unternehmerisch nicht verantwortungsvoll.

Niemand bestreitet, dass die Entwicklungen in der Verlagsbranche schwierig sind. Wir fragen uns aber, ob Sie bewusst, in Vorbereitung auf die Kündigungen, erklärt haben, dass ohne weitere Einsparungen im Personalbereich die sinkenden Umsätze nicht aufzufangen sind? Reiner Personalabbau hat langfristig noch nie Probleme alleine gelöst, ein Überdenken aller Betriebsabläufe ist wesentlich sinnvoller.

Eine vorausschauende Geschäftsführung entwickelt in schwierigen Zeiten Strategien. Hierzu gibt das Betriebsverfassungsgesetz Möglichkeiten, in dem Arbeitgeber und Betriebsräte vertrauensvollen zusammenarbeiten. Dies soll sich in gegenseitiger „Ehrlichkeit und Offenheit“ vollziehen. Darüber hinaus werden die Betriebsparteien dadurch zur gegenseitigen Rücksichtnahme verpflichtet. Auch das BAG hat formuliert, dass Betriebsrat und Arbeitgeber unterschiedliche Interessen verfolgen, im Gegenteil hierzu wird die vertrauensvollen Zusammenarbeit, bei den unterschiedliche Interessen von Arbeitgeber und Betriebsrat, geradezu vorausgesetzt.

Der Betriebsrat kann seine Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz nur sinnvoll wahrnehmen, wenn er umfassend informiert ist. Sie als Geschäftsleitung können davon nur positiv profitieren.

Die Gewerkschaft ver.di kritisiert die Kündigungen im Redaktionsbereich des Pressehauses Stuttgart zu recht scharf, denn sie geschahen auf rechtlich fragwürdigem Boden, ohne das in Deutschland geltende Betriebsverfassungsgesetz zu beachten, ohne eine Information des Betriebsrates. Wir werden den Beschäftigten und der Gewerkschaft ver.di solidarisch zur Seite stehen und ihr Vorgehen gegen Betriebsräte in unsere Gliederungen tragen.

Wir stehen in unseren Grundsätzen für „Freiheit, Gleichheit und Solidarität“, und somit auch dafür, dass Beschäftigte nicht ungleich behandelt werden. Beschäftigte der Stuttgarter Zeitung (STZ) und den Stuttgarter Nachrichten (STN) werden gleich behandelt, aber warum werden die Beschäftigten der Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung (STZW) schlechter behandelt? Warum bekommen sie Aufhebungsverträge zu deutlich schlechteren Konditionen und sollen sich innerhalb einer Woche entscheiden? Auch dies ist menschlich nicht nachzuvollziehen. Überdenken Sie hier ihr Vorgehen!

Gerade dem Pressehaus Stuttgart würde es gut zu Gesicht stehen, auf seine Außenwirkung zu achten, in Deutschland geltende Gesetze zu respektieren und deshalb fordern wir sie auf, auf den Boden der Gesetzgebung zurückzukehren! Informieren Sie ihren Betriebsrat! Nehmen Sie ihn mit ins Boot, damit ihre Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit keinen weiteren Schaden nimmt.

Wir bitten Sie als Geschäftsleitung vor Ort, die von ver.di für nächste Woche vorgeschlagenen Gespräche mit dem Betriebsrat ernsthaft aufzunehmen und zu führen. Alles andere wäre ihren Geschäftszahlen nicht zuträglich, soll die Menschen in Baden- Württemberg ein solches Geschäftsgebaren in Erinnerung behalten...

Wir würden uns freuen, wieder positiv von ihrem Pressehaus zu hören.

Es grüßt sie für die Mitglieder der AfA Rhein- Neckar,

Cordula Becker

Kreisvorsitzende AfA Rhein- Neckar

Veröffentlicht am 04.02.2013

Hannelore Kraft beim SPD- Neujahrsempfang: Der Weg ist das Ziel

Vorigen Samstag war für SozialdemokratInnen der Region „Hannelore- Tag“. Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von NRW und derzeit wohl populärste Sozialdemokratin, war nicht nur beim SPD- Kreisverband zu Gast, sondern auch als Fußballfan unterwegs. In Sinsheim verfolgte sie das Spiel „ihrer“ Borussia.



Zuvor hatte sie im Beisein der örtlichen GenossInnen die neueröffnete Bäderwelt in Augenschein genommen. Anwesend waren u.a. der ehemalige Oberbürgermeister Rolf Geinert und die SPD-Stadtverbandsvorsitzende Dorothea Vogt. Nach einem kurzen Plausch war am Abend in Eppelheim der SPD- Neujahrsempfang angesagt. In einem kurzen, humorvollen Jahresrückblick handelte Thomas Funk als Kreisvorsitzender der SPD Rhein- Neckar alle wichtigen Menschen und Ereignisse des Jahres 2012 ab bis hin zum prognostizierten Weltuntergang, der glücklicherweise nicht stattgefunden hat. Die SPD könne 2013 mit Stolz ihr 150- jähriges Jubiläum feiern, denn sie sei „Garant für die demokratische Kultur unseres Landes“. Dafür warb Funk um Mitarbeit und Unterstützung, denn „die Demokratie braucht engagierte BürgerInnen“.

„Für eine gute Politik braucht man Entschlossenheit, Inhalte und gute KandidatInnen“, unterstrich Hannelore Kraft. Sie freue sich über die drei SPD- Bundestagskandidaten Lothar Binding, Dr. Lars Castellucci und Daniel Born. Sie stünden wie alle SozialdemokratInnen für moderne Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die seit 150 Jahren Bestand haben. Vieles sei vorangekommen in dieser Zeit, aber nie sei etwas endgültig erreicht, „denn der Weg ist das Ziel“.

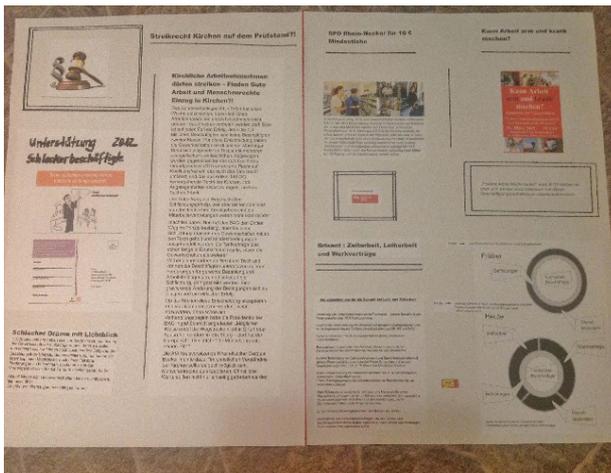
Freiheit versteht Kraft nicht nur als Freiheit des Einzelnen, deshalb mahnte sie Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit an. Die Gemeinschaftsschule sei hier ein Schritt in die richtige Richtung. „Auch um Gerechtigkeit muss immer neu gekämpft werden“, appellierte Kraft und lobte in diesem Zusammenhang das jüngst in Baden- Württemberg durchgesetzte Tariftreuegesetz als vorbildlich. Auch GeringverdienerInnen müssten die Chance haben, eine Familie zu gründen und von ihrer Hände Arbeit leben zu können. Gerechtigkeit bedeute deshalb auch, dass Mieten bezahlbar bleiben, Vermögende mehr Steuern zahlen und eine Finanztransaktionssteuer der ganzen Gesellschaft zugute kommt.

Solidarität, vor allem mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen, ist Hannelore Kraft erkennbar eine Herzensangelegenheit: Menschen ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung dürften der Gesellschaft nicht verloren gehen. Ziel müsse es stattdessen sein, alle mitzunehmen. Mit großer Begeisterung und mit Standing Ovations dankten die BesucherInnen Hannelore Kraft für ihre mitreißende Rede.

Zum Abschied erhielt Hannelore Kraft als Borussia- Fan ein Mönchengladbacher Fußballtrikot mit der Rückennummer „Hannelore 10“.

Homepage [SPD Rhein- Neckar](#)

Veröffentlicht am 22.01.2013



Im Foyer der Halle war die AfA mit zwei Großzeitungen präsent und zeigte aktuelle arbeitspolitische Themen auf und berichtete von ihre aktiven Arbeit.



Die von den Mitgliedern selbst gebastelte und getexteten Zeitungen kamen bei den Mitgliedern der SPD gut an!

Rhein- Neckar und Arbeitsplätze in der Energiewende

Mit Jana Ihrig, Jörg Bertermann und Cordula Becker, war die AfA Rhein- Neckar gestern zu Gast beim OV Wiesenbach auf dem Neujahrsempfang. Thema war die Energiewende am Beispiel der Bürgerenergiegenossenschaft Kirchheim/Teck. Der Referent Herr Denzinger von der Genossenschaft berichtete sehr anschaulich und für jeden verständlich, dass die Energiewende auf jeden Fall zu schaffen ist. Jörg Bertermann fragt nach, wie es mit Schaffung von Arbeitsplätzen in dieser Branche aussieht? Die Antwort war positiv, denn es gehen keine Arbeitsplätze verloren, sondern bleiben in der Region erhalten. Mit dabei waren auch der SPD Kreisvorsitzende und MdL Thomas Funk, der das Thema aus der landespolitischen Seite beleuchtete, so wie der Bürgermeister Herr Grabenbauer, der über die tollen Aktivitäten und die fortschrittlichen Projekt der Gemeinde berichtete. Ein gelungener Neujahrsempfang.
Mehr dazu:

SPD- Wiesenbach: www.spd-wiesenbach.de

Bürgerenergiegenossenschaft: www.teckwerke.de

Veröffentlicht am 12.01.2013

Solidarität mit Unterstützung der AfA Rhein-Neckar zeigt Wirkung: Gefeuert Betriebsrat Helmut Schmitt wieder im Betrieb



Aktion des
Solikomitees in
Weinheim

Am 2. Juli 2012 hatte die nora- Geschäftsleitung (ehemalig Freudenberg) in Weinheim den langjährigen Betriebsrat Helmut Schmitt nach dem Ausschluss aus dem Betriebsrat fristlos gekündigt. Er soll angeblich Unwahrheiten verbreitet und den Betriebsfrieden massiv gestört haben. Die Betriebsratsmehrheit stimmte der Kündigung zu, da ihr Schmitt schon lange mit seinem Einsatz für die Belange der Belegschaft ein Dorn im Auge war und ihr das geschäftsleitungsnahe Comanagement immer wieder durchkreuzte.

Der angestrebte Ausschluss aus dem Betriebsrat und der Versuch der fristlosen Kündigung hatten vor Gericht keinen Bestand und es wurde ein Vergleich geschlossen, da die Anschuldigungen haltlos waren. Die Geschäftsleitung und die Mehrheit des Betriebsrats sind somit auf ganzer Linie gescheitert.

Im Zuge der Wiedereinstellung von Schmitt bei nora und seiner Rückkehr in den Betriebsrat erklärte er, dass er weder dem Betriebsratsvorsitzenden Bestechlichkeit, noch dem Unternehmen eine Manipulation vorgeworfen habe. Falls dieser Eindruck entstanden sei, "bedauere er dies nachdrücklich", teilte sein Anwalt mit.

Der nora- Betriebsratsvorsitzende Hans- Erich Baumann, Teil der Betriebsratsmehrheit, wollte sich gestern nicht äußern. Die Pressemitteilung liege ihm nicht vor. Ein nora- Sprecher bestätigte die Einigung, der zufolge Schmitt "sein Arbeitsverhältnis und seine Tätigkeit als Betriebsrat wieder aufnimmt". In Gesprächen mit der Belegschaft und auch in der Presse werden Stimmen laut, in denen Neuwahlen des Betriebsrats gefordert werden.

Cordula Becker, Kreisvorsitzende der AfA Rhein- Neckar, freute sich sehr für Helmut Schmitt und sie bemerkte, dass dies nicht nur ein Erfolg für ihn sei, sondern auch für die Betriebsräte in der Region und in Baden- Württemberg. „Dieser Ausgang ist ein deutliches Zeichen, dass sie bei solch nicht substanziierten Angriffen gegen kritische Betriebsräte nicht alleine sind!“ Ein wichtiger Schritt war die Bildung des Solikomitees sofort nach dem Ausschluss- verfahrensantrag und der Kündigung, so wie die vielen Solidaritätsbekundungen, die bei der Geschäftsleitung, dem Betriebsrat, dem Solikomitee und Helmut selbst eingegangen sind. Die AfA Rhein- Neckar hatte im September 2012 auf dem SPD Landesparteitag in Wiesloch eine „Resolution für Helmut Schmitt“ eingebracht, diese wurde einstimmig angenommen und das Thema in die verschiedensten Ebenen für weitere Solidarität getragen.

„Dies war gelebte Solidarität vom Feinsten“ meinte Becker, die das Solikomitee mit ins Leben gerufen hatte und wünschte, auch im Namen der AfA, Helmut gestern alles Gute für seine weitere Betriebsratsarbeit.

Veröffentlicht am 18.12.2012

Kirchliche ArbeitnehmerInnen dürfen streiken – Finden Gute Arbeit und Menschenrechte Einzug in Kirchen?!

Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hat diese Woche entschieden, dass kirchlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht generell das Streiken verboten werden darf. Dies ist auf jeden Fall ein Erfolg, denn die 1,3 Millionen Beschäftigten sind keine Beschäftigten zweiter Klasse. Für diese Entscheidung haben die Gewerkschaften ver.di und der Marburger Bund sich eingesetzt im Disput mit mehreren evangelischen Landeskirchen. Abgewogen wurden gegeneinander das in Artikel 9 des Grundgesetzes (GG) verankerte Recht auf Koalitionsfreiheit, das auch das Streikrecht umfasst; und das aus Artikel 140 GG hervorgehende Recht der Kirchen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, auch in Sachen Arbeit.

Der Dritte Weg, ein Weg nach dem Schlichtungsprinzip, war aber bisher dominiert von den kirchlichen Arbeitgebern und die Mitarbeitervertretungen waren mehr oder minder machtlos dabei. Nun hat das BAG den Dritten Weg im Prinzip bestätigt, aber bei einer Schlichtung müssen nun Gewerkschaften mit an den Tisch geholt und Mindestbedingungen ausgehandelt werden. Da Tarifverträge dies schon lange in Deutschland regeln, sitzen die Gewerkschaften als weiterer Verhandlungspartner zu Recht am Tisch und können die Beschäftigten unterstützen in ihren Forderungen für gerechte Bezahlung und Arbeitsbedingungen, und scheitert die Schlichtung, darf gestreikt werden. Eine gravierende Änderung der Bedingungen sich zu einigen und ein wirklicher Erfolg.

Ob die Kirchen diese Entscheidung akzeptieren und vor allem umsetzen werden, bleibt abzuwarten, denn schon am Verhandlungsbeginn hatte die Präsidentin des BAG Ingrid Schmidt angedeutet: „Möglicher Weise endet die Wegstrecke nicht in Erfurt oder Karlsruhe, sondern in Straßburg – dort hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte seinen Sitz.“

Die AfA Kreisvorsitzende Rhein- Neckar Cordula Becker meinte dazu, "im christlichen Verständnis der Kirchen sollte es doch möglich sein, Menschenrechte zu akzeptieren. Christliche Werte sollten nicht nur einseitig gefordert werden und eine Worthülse für Profitgier und Ausbeutung sein, sondern durch Respekt und gute Arbeit gelebt werden. Es bleibt spannend, ob sich die Kirchen im 21. Jahrhundert an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren oder an einer radikalen Marktwirtschaft mit unmenschlichen Zügen. Als AfA Rhein- Neckar sind wir für gute Arbeit auf allen Ebenen."

Veröffentlicht am 22.11.2012

Solidarität mit den Beschäftigten von Leica Microsystems in Nußloch

Sehr geehrter Betriebsrat, liebe Beschäftigte von Leica Microsystems in Nußloch,

als Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen befasst sich die AfA Rhein- Neckar mit allen Themen die die Arbeitswelt und ihre Bedingungen betrifft. Leica Microsysteme in Nußloch war uns als Betrieb, der ordentlich gewirtschaftet und auch ausgebildet hat, bekannt. Nun haben wir mit Schrecken gehört, dass Ausbildung schon lange kein Thema mehr ist und die Produktionen aus unserer Region, nach China verlagert werden sollen. Dazu soll rund ein Drittel der Belegschaft gekündigt werden. Damit dies ohne größere Gegenwehr passieren kann, wird auch noch ihr Betriebsrat unter Druck gebracht.

Leider ist es in der heutigen Zeit des schnellen Profits üblich, hierzu Geschäftsleitungen auszutauschen, bei Ihnen schon dreimal in den vergangenen Jahren, und funktionierende Produktionen bewusst so zu beeinflussen, dass plötzlich oder schleichend, schlechte wirtschaftliche Zahlen herbeigeführt werden. Parallel versucht man mit verschiedenen Methoden auch die dazugehörigen gewählten Betriebsräte unter Druck zu bringen. Die Leidtragenden sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Genau das scheint bei Ihnen zu passieren, wenn wir hören, dass die Ausbildung ganz eingestellt, in keine Maschinen mehr investiert, der Leistungsdruck immer mehr erhöht wurde, nachdem man ein höchst profitables Unternehmen in Teilen heruntergewirtschaftet hat, und nun Kündigungen anstehen sollen, obwohl bei verantwortungsvollem wirtschaftlichen Handeln der Betrieb weiter zu dastehen würde.

Als AfA Rhein- Neckar verurteilen wir solche Methoden auf das Schärfste! Verantwortliches Handeln sieht anders aus, denn Betriebsräte sind gewählte Organe nach dem Gesetz und im vorgeschriebenen Rahmen an unternehmerischen Prozessen zu beteiligen. Es ist seit langem bekannt, dass Betriebe mit Betriebsrat zu besseren Arbeitsbedingungen, zu mehr Mitarbeiterbindung ans Unternehmen und vor allem dadurch zu wirtschaftlich bessere Zahlen zu mehr Profit auf lange Sicht führen. Dies belegt z.B. auch die Studie des Ökonoms Bernd Frick an der Universität Witten, der in einer repräsentativen Studie des Bremer Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) jährlich bundesweit Arbeitgeber von ca. 16.000 Betrieben befragt. Gesetzlich gehört zu dieser Beteiligung auch, dass der BR frühzeitig informiert wird und ihm die entsprechenden wirtschaftlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Als AfA Rhein- Neckar mussten wir mit großem Bedauern feststellen, dass die Initiative zur Erhaltung der Arbeitsplätze in Nußloch nicht aktiv wahrgenommen wird und dem BR, mit Unterstützung der IG Metall, von der Unternehmensleitung die dazu notwendigen Zahlen vorenthalten werden. Kein vernünftig denkender Mensch glaubt einem Unternehmen, dass diese z.B. nicht zur Verfügung gestellt werden können, da unternehmerische Entscheidungen in der Regel auf diesem Zahlenmaterial basieren, denn sonst würden die Entscheidungen wie in einer „Bananenrepublik“ gefällt. Als Marktführer mit hervorragenden Produkten, besten Bilanzen und guter Arbeit ist es nicht nachvollziehbar, warum dann nicht in Maschinen investiert und ein Konzept zur Erhaltung der Arbeitsplätze unterstützt wird. Hier wurde seit 2005 bewusst umstrukturiert, um nun die Verlagerung damit begründen zu können.

Das Argument ihres Geschäftsführers Herrn Frei gegenüber der RNZ „wichtig ist die Präsenz vor Ort“ ist fadenscheinig, es geht hier um die Senkung der Personalkosten und um das Unterlaufen von Mitarbeiterrechen, denn vor Ort in China können Personalkosten niedrig werden, da dort sogenannte „Wanderarbeiter“ unter schlimmsten Bedingungen ausgebeutet werden. Dort gibt es keine Mitbestimmung und wenig Arbeitnehmerrechte. Will sich Leica damit in die Reihe der großen Ausbeuter menschlicher Arbeitskraft einreihen? Anscheinend schon.

Ebenso die Aussage „die Verhandlungen mit dem BR stehen noch am Anfang“, ist eine Verschleierungstaktik für Sie als Belegschaft, damit weniger Engagement für den Erhalt der Arbeitsplätze kommt und das Unternehmen Zeit gewinnt. Zu was wird diese Zeit in der Regel genutzt? Um Sie und ihren BR unter Druck zu bringen! Wer von „Verhandlungen“ spricht, gibt zu, dass es Bedarf und Grundlage für diese gibt und sollte seiner Informationspflicht umgehend nachkommen. Denn niemand geht in Verhandlungen ohne ein Konzept dafür zu haben oder eine Vorstellung davon, wohin die Reise ‚für mich als Unternehmer, hingehen soll, oder sind sie anderer Meinung?

Ein Unternehmen hat auch eine soziale Mitarbeiterverantwortung und es kann nicht sein, dass hier nur kurzfristiges Profitdenken zählt und viele Existenzen und ein gut laufender Unternehmenszweig vernichtet werden. Hier verliert Deutschland an Kaufkraft und wird als Wirtschaftsstandort von Leica abgewertet.

Mit 12 Produktionsstätten in sieben Ländern, Vertriebs- und Servicegesellschaften in 19 Ländern und einem Händlernetzwerk in mehr als 100 Ländern, hat der Standort Nußloch bisher gut funktioniert, warum sollte dies plötzlich anders sein?! Menschen und Unternehmen auf der ganzen Welt, achten immer mehr darauf, ob Unternehmen von denen sie Produkte erwerben, soziale Standards einhalten und wie sie mit Beschäftigten umgehen. Hier in Verruf zu geraten, stünde einem Traditionsbetrieb und Marktführer schlecht

zu Gesicht und hätte langfristig garantiert Auswirkungen auf die Bilanzen und Umsätze.

Wir möchten hiermit unsere Solidarität mit den Beschäftigten und dem Betriebsrat ausdrücken. Wir werden innerhalb der SPD, sowie auch außerhalb das Thema immer wieder ansprechen und darauf aufmerksam machen. Wir werden Sie und die IG Metall gerne im Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze unterstützen, damit Leica zu verantwortlichem, wirtschaftlichem Handeln zurückkehrt.

In diesem Sinne solidarische Grüße von der AfA Rhein-Neckar,

Cordula Becker

Veröffentlicht am 12.11.2012

Soziale Gerechtigkeit in der Krise

Die AsF und AfA Rhein-Neckar bedauern es außerordentlich, die Veranstaltung am 09.10.2012 „Soziale Gerechtigkeit in der Krise“ mit Andrea Ypsilanti krankheitsbedingt absagen müssen. Leider haben wir die Information erst heute bekommen. Die Veranstaltung wird zu einem späteren Zeitpunkt voraussichtlich nachgeholt. Wir wünschen Andrea gute Besserung.

Soldarischen Gruß,

eure Ursula Wertheim- Schäfer

Cordula Becker

AsF Kreisvorsitzende Rhein-Neckar

AfA Kreisvorsitzende Rhein-Neckar

Veröffentlicht am 08.10.2012

Leica Nußloch - Verlagerung nach China verhindern?!

Bei Leica Biosystems in Nußloch wurde in der Vergangenheit ausgebildet und die Auzubis auch übernommen. 2005 übernahm die Danaher Corporation aus USA das Werk Leica Microsystems und somit auch das Nußlocher Werk. In den letzten 7 Jahren haben sie nun die dritte Geschäftsleitung. Die Ausbildung wurde komplett abgeschafft, der Maschinenpark nicht erneuert und der Leistungsdruck nahm stark zu. Nun soll in China gefertigt und Mitarbeiter entlassen werden.

Laut dem Betriebsratsvorsitzenden Wolfgang Herrmann war man in Nußloch sehr profitabel, trotzdem stehen jetzt betriebsbedingte Kündigungen für ca. 80 Mitarbeiter an, entweder bis Ende 2012 oder bis Mitte 2014.

Anbei der Zeitungsbericht der RNZ vom 4.10.2012:

http://www.rnz.de/HP_Wirtschaft_Regional/LINKSEC00_20121004071103_102905008_Damit_macht_man_sich_den_Namen_kaputt_.php

Angeblich soll dort "Kaizen" angewendet werden, mehr dazu aus Wikipedia:

http://de.wikipedia.org/wiki/Kaizen#Die_5S-Bewegungen

Es ist unglaublich, warum hier Arbeitsplätze einfach vernichtet werden und ausgelagert?! Dann nennt man dies auch noch "betriebsbedingte Kündigungen". Ein Skandal für die Belegschaft und eine Schädigung des deutschen Wirtschaftsstandortes.

Cordula Becker

Kreisvorsitzende

AfA Rhein-Neckar

Veröffentlicht am 05.10.2012

Übersicht der Sitzungen im Arbeitsjahr 2012/ 2013

Datum	Ort	Art der Sitzung
13.10.12	Eppelheim	Klausur
22.11.12	Weinheim	Vorstandssitzung
13.12.12	Schwetzingen	Weihnachtssitzung
17.01.13	Sandhausen	Vorstandssitzung
14.02.13	Neckarbischofsheim	Vorstandssitzung
14.03.13	Weinheim	Vorstandssitzung
25.04.13	Ofersheim	Vorstandssitzung
30.05.13	St. Leon-ROT	Vorstandssitzung
12.06.13	Sinsheim-Reihen	Vorstandssitzung
18.07.13	Hockenheim	Vorstandssitzung
29.08.13	Sinsheim-Reihen	Vorstandssitzung
12.09.13	-Bundestagswahlkampf-	entfällt
09.10.13	Schwetzingen	Jahreshauptversammlung

Name	Okt 201 2	Nov 2012	Dez 2012 x- mas	Jan 2013	Feb 2013	März 2013	April 2013	Mai 2013	Juni 2013	Juli 2013	Aug 2013
Balner, Gerhard	x	x		x	x	e	e	e	e	x	e
Becker, Cordula	x	x		x	x	x	x	x	x	x	x
Bertermann, Jörg	x	e		x	x	x	e	x	x	x	x
Grün, Klaus	e	-		-	e	-	-	e	-	x	
Ihrig, Jana	x	x		x	x	x	x	x	x	x	x
Jäckel, Hans- Jörg	x	-		-	-	-	Aus- tritt	Aus- tritt	Aus- tritt	Aus- tritt	Aus- tritt
Klug-Klöppner, Claudia	e	e		e	e	e	e	e	e	e	e
Leonhardt, Alexander	x	x		x	x	e	x	x	e	x	x
Lenz, Jürgen	e	e		e	-	-	-	-	-	-	-
Treusch, Lars Christian	e	e		e	-	-	inaktiv	inaktiv	inaktiv	inaktiv	inaktiv
Ohlsen, Ralf	e	e		-	-	-	-	e	-	-	e

Meckern war gestern!



**Auf der Couch bleibt alles wie es ist.
Deine Chance beginnt jetzt.**

Dein Profil:



- Du interessierst dich für Themen rund um Arbeit
- Du besitzt Teamgeist und denkst heute schon an morgen
- Du willst aktiv etwas an der aktuellen Situation in der Arbeitswelt verändern
- Du findest Verknüpfung von Politik und Gewerkschaften sinnvoll

Bei uns findest du:



- Den Fokus direkt auf die ArbeitnehmerInnen
- Die Möglichkeit dich bei einzelnen Themen einzubringen oder regelmäßig mitzumachen
- Engagierte Genossinnen und Genossen, GewerkschafterInnen, Betriebs- und PersonalratInnen
- Gelebte Basisdemokratie

Dein Engagement:



- Nutze Deine Stärken zur politischen Veränderung
- Unterstütze politische Willensbildung
- Gestalte Arbeitnehmertemen
- Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen

Hier bitte abtrennen

Mitgliederbefragung der AfA Rhein-Neckar:

Name: _____ Ortsverein: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Wo beschäftigt: _____
Betriebsrat MAV Personalrat

Gewerkschaftsmitglied: ja -> welche? _____
nein Vertrauensfrau/-mann

Welche Themen aus der Arbeitswelt sind für dich wichtig?

Schick uns deine Antwort entweder per E-Mail, Scan oder Foto an afa-rhein-neckar@gmx.de oder per Post an Cordula Becker, Wasserturmallee 12, 68766 Hockenheim).

Die hier enthaltenen personenbezogenen Daten werden entsprechend der Datenschutzgesetze und der Datenschutzrichtlinie der SPD ausschließlich für die Dienstleistungszwecke zur Zweck der Mitarbeiterbefragung, der Mitgliederbefragung sowie der strategischen und operativen Umsetzung von Projekten und Datenzugriffszwecken – mit Hilfe von Computern elektronisch gespeichert, verarbeitet und benutzt.

Ich bin damit einverstanden,
diese Daten zum angegebenen Zweck

Dein Name _____

Deine Adresse _____



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Rhein-Neckar

SPD

Homepage: www.afa-rhein-neckar.de

Netzwerke: facebook -> afa-rhein-neckar
wkw -> afa-rhein-neckar

Kontakt: Cordula Becker
Wasserturmallee 12
68766 Hockenheim



E-Mail: afa-rhein-neckar@gmx.de
Telefon: 06205 / 255 848